

[19.01.2011]

PDG: Interpellation von Jean-Luc Velz an Beschäftigungsminister Oliver Paasch

Facharbeitermangel bleibt ein Dauerbrenner

Von Christian Schmitz

Zu einem regelrechten Dauerbrenner in der politischen Diskussion hat sich in den letzten Jahren das Thema Facharbeitermangel entwickelt. Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft muss sich damit auseinandersetzen.



Beschäftigungsminister Oliver Paasch (am Rednerpult) nannte sechs Ursachen für den Facharbeitermangel in der DG. Foto: Ralf Schaus

 [Größeres Bild](#)

In der Plenarsitzung des Parlamentes der DG (PDG) am Montagabend wandte sich der SP-Abgeordnete Jean-Luc Velz (SP) mit einer Interpellation zu diesem Thema an Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG). Gerade handwerkliche Berufe seien in der Mängelliste des Landesamtes für Arbeit vertreten, während eine IAWM-Analyse dokumentiere, dass die Anzahl der begonnenen Ausbildungen im Ernährungs- und Metallbereich rückläufig sei, so Velz. Minister Paasch nannte sechs Ursachen für den Facharbeitermangel:

- Die DG als Grenzgebiet mit zahlreichen interessanten Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl der Grenzgänger nach Luxemburg habe sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt.
- Struktureller Wandel der Berufswelt: Es gebe kaum noch Angebote für niedrig qualifizierte Arbeitssuchende, viele Berufe verlangten eine hohe Spezialisierung.
- Demographischer Wandel: Während die Anzahl der Berufseinsteiger stabil bleibe, steige die Anzahl der Menschen, die ins Rentenalter kommen. 13861 Personen waren in der DG im Jahr 2010 zwischen 55 und 64 Jahre alt. 2020 würden es mehr als 18500 sein (Anstieg 35%).
- Das Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Berufen sei »ausbaufähig«.
- Der Mädchenanteil in Handwerk und Technik sei viel zu gering.
- Vielerorts gelte eine technische Ausbildung immer noch als zweite Wahl.

Die DG-Regierung habe eine ganze Menge unternommen, um jungen Menschen Lehrberufe schmackhaft zu machen und die Durchlässigkeit von einzelnen Ausbildungssystemen zu verbessern. Problematisch sei in erster Linie der Mangel an geeigneten Bewerbern, die in der Lage sind, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Darin liege eine Herausforderung der Politik.

Zudem müsse man mehr tun, um Arbeitslose in den offenen Lehrstellenmarkt zu integrieren, allerdings werde es immer ein gewisses Ungleichgewicht geben, denn nicht jeder Mensch verfüge über die notwendigen Talente und Fertigkeiten, um in einem Mangelberuf Erfolg zu haben: »Sie können zum Beispiel nicht jeden Frisör zu einem guten Maurer umschulen«, brachte es Paasch auf den Punkt. Genau wie andere europäische Staaten sei derweil auch die DG auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen.

Tatsächlich werde der Facharbeitermangel in schöner Regelmäßigkeit thematisiert, doch die von der Regierung in den letzten elf Jahren vorgelegten Lösungsvorschläge hätten bisher keinen Erfolg gehabt, meinte die CSP-Parlamentarierin Gabriele Thiemann-Heinen. Eine verbesserte Berufsberatung, eine Ausbildungsinitiative in den Betrieben, eine »längst überfällige« Stärkung der Sprachkenntnisse und eine interministerielle Diskussion über die Frühpensionen seien Mittel, die auch von Experten bestätigt würden.

Durch bedarfsorientierte Zuwanderung sowie einer größeren Mobilität von Arbeitskräften und die durch Förderung der Bildung (Fort- und Umbildung) könne man dem Facharbeitermangel begegnen, meinte PFF-Sprecher Emil Dannemark. »Stilles Potenzial« biete auch die Integration von Menschen mit einer Behinderung in den Arbeitsmarkt.

Alfons Velz (ProDG) forderte eine konzertierte Aktion aller betroffenen gesellschaftlichen Kräfte: Elternhaus, Schule, die Jugendlichen selbst, die Wirtschaft und die Politik.

Hier und Heute

[19.01.2011]

In der Fragestunde des Parlamentes der DG (PDG) am Montagabend standen sechs verschiedene Themen auf dem Programm

Hier eine Übersicht:

Zukunft kleiner Dorfschulen

Patricia Creutz (CSP) erkundigte sich bei Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) nach der Zukunft kleiner Dorfschulen. Welche innovativen Konzepte zum Schutz kleiner Dorfschulen die Regierung einsetzen wolle und ob gegebenenfalls geplant sei, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern, wollte die Eupener Schulschöffin wissen. Der Trend sinkender Schülerzahlen könne dazu führen, dass kleinere Dorfschulen schließen müssten. Dies habe nichts mit politischem Willen zu tun, sondern sei eine mathematische Tatsache, antwortete der Minister. »Darauf weise ich schon seit Jahren regelmäßig hin. « Besonders beunruhigend sei die Entwicklung dort, wo sich mehrere

kleine Dorfschulen in einem kleinen Einzugsgebiet zueinander befänden. Um einer »ungesunden Konkurrenzsituation« vorzubeugen, sei die Wiedereröffnungsfrist abgeändert worden. Hätte man sparen wollen, hätte man die Erhaltungsnormen (mindestens 6 Kinder im Kindergarten und 12 in der Primarschule) abgeändert, was aber nicht passiert sei. Er habe angeregt, dass sich betroffene Gemeinden und Dorfgemeinschaften vorzeitig Gedanken machen sollen. Außerdem gebe es zahlreiche Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Eine Abänderung der Gesetzgebung bzw. der Erhaltungsnorm (»die günstigste in ganz Europa«) sei aber nicht geplant, fügte der Minister hinzu.

»DG nicht instrumentalisieren«

SP-Fraktionsführer Charles Servaty wollte von Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) wissen, was die DG-Regierung im Zuge der Krise auf föderaler Ebene getan habe, um den Standpunkt der DG zur Staatsreform darzulegen. Lambertz betonte, es gebe keine Alternative zu einer Einigung. Die DG-Regierung habe mehrfach Stellung bezogen, so Lambertz, der auch an den Allparteienkonsens erinnerte. Aber nicht nur die DG-Regierung, sondern jeder könne seine Einflussmöglichkeiten in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen. Dazu habe niemand ein Monopol. Der Ministerpräsident warnte in diesem Zusammenhang auch davor, die DG zu instrumentalisieren. Dies aber scheine der »Noch-Präsident« der MR, Didier Reynders, zu versuchen, wenn er beim Neujahrsempfang der ostbelgischen Liberalen behauptete, nur die MR sei ein Fürsprecher der DG in Brüssel. Er bat die PFF-Kollegen und insbesondere PFF-Präsidentin Katrin Jadin darum, Herrn Reynders und vor allem dem künftigen neuen MR-Präsidenten die »Kontraproduktivität« solcher Aussagen deutlich zu machen.

Tanzen im Schulsport

Resi Stoffels (SP) wollte von Sportministerin Isabelle Weykmans (PFF) wissen, wie es um den Bereich Tanzen im Sportunterricht bestellt sei. Das schulinterne Programm des Sportunterrichtes habe den dekretalen Richtlinien der pädagogischen Rahmenpläne zu folgen und umfasse somit alle fachbezogenen Kernkompetenzen und die damit verbundenen tätigkeitsbezogenen Kompetenzerwartungen in sechs Bewegungsfeldern, erklärte Weykmans. Eines davon heiße »Bedeutung des Rhythmus für Bewegen, Darstellen und Tanzen«. Letztlich entschieden aber die einzelnen Schulen im Sinne der pädagogischen Freiheit, wo im Sportunterricht die Schwerpunkte angesetzt werden sollen.

Cyberklassen II in der DG

Alfons Velz (ProDG) erkundigte sich bei Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) nach dem Projekt Cyberklassen in der Wallonischen Region. Dabei wurden in allen Schulen der Wallonie (also in der Französischen Gemeinschaft und der DG) Cyberklassen eingerichtet. Im Jahr 2005 sei dann in der Wallonie das Projekt »Cyberklassen II« angelaufen. Dabei sollten die inzwischen veralteten

Rechner durch neue ersetzt werden. Paasch berief sich u. a. auf Angaben einer technischen Task Force: Demnach hatten im November 2010 zwischenzeitlich 1870 Schulen in der Wallonie, das heißt 53 Prozent, ihren Ausstattungsantrag vollständig eingereicht, wobei die Schulen in der DG Ende November 2010 einen Prozentsatz von 70% erreichten. Installiert sei das Material in fünf DG-Sekundarschulen (BIB, PDS, RSI, CFA, KAS) und vier Primarschulen (SGO, ECEF, GS Kettenis, GS Hauset). Er werde bei der nächsten Schulleiterkonferenz auf noch fehlende Anträge aus den Gemeindeschulen hinweisen, meinte Paasch.

Demoskopie in der DG

Franziska Franzen (Ecolo) befragte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) nach einer demoskopischen Umfrage, die die Regierung in Auftrag gegeben habe, um im Rahmen der Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) eine Umfeldanalyse zu erstellen. Ziel sei es, ein Meinungs- und Stimmungsbild der DG-Bevölkerung zu erhalten und ihre Einstellung zu ausgewählten Themen kennenzulernen. Eine repräsentative Befragung habe es in dieser Form noch nicht gegeben. Selbstverständlich würden dabei die Grundsätze des Datenschutzes berücksichtigt. Das Parlament könne über den Stand der Dinge regelmäßig informiert werden und alle Ergebnisse der Befragung würden zur Verfügung gestellt. Resultate sollten im Herbst 2011 vorliegen, so Lambertz. Franzen bemängelte, man hätte bei der Erstellung des Lastenheftes verstärkt gesellschaftliche Kräfte einbeziehen sollen.

Beratung von Bio-Landwirten

Franziska Franzen (Ecolo) fragte in Vertretung ihres abwesenden Kollegen Karl-Heinz Braun bei Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) nach der Beratung von Bio-Landwirten in Kooperation mit der Wallonischen Region und der Provinz Lüttich. Auch wenn die Handlungsmöglichkeiten der DG wegen der Zuständigkeiten sehr begrenzt seien, habe man entsprechende Kooperationsverhandlungen mit der Provinz aufgenommen. Träger des Projektes ist das Forschungszentrum Agra-Ost. Wegen verschiedener Schwierigkeiten und trotz verschiedener Treffen sei aber bis heute kein zweisprachiger Techniker eingestellt worden, erklärte der Minister. Dazu werde es nun aber am 2. Februar ein Treffen geben, um die inhaltliche Vorgehensweise abzustimmen.

(sc)